

Deutlicher Konjunkturabschwung 2001. Allmähliche Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion 2002 und 2003. Die Geldpolitik und Finanzpolitik stimulieren 2002 und bremsen dann allmählich. Fortschreitende Annäherung an die EU durch weitere bilaterale Abkommen. Schwacher Preisanstieg. Leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Nach wie vor sehr hohe Überschüsse der Leistungsbilanz.

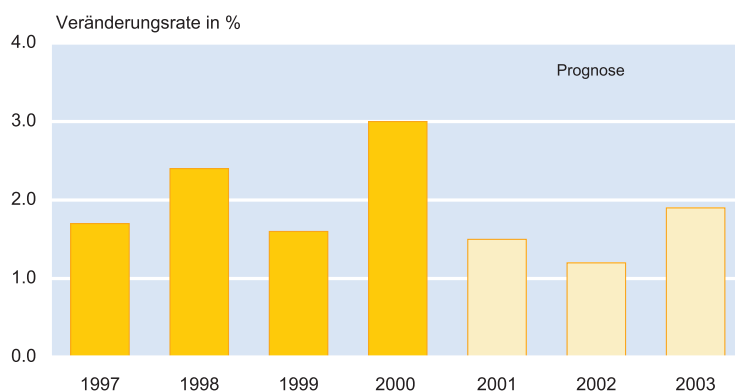
Die das **politische und soziale Umfeld** seit Jahren beherrschenden Irritationen, Selbstzweifel und auch Zukunftsängste – ausgelöst durch den schleichenden Abschied von der jahrzehntelang gern gespielten und zur Identitätsbildung wichtigen Schweizer Sonderrolle in Europa und der Welt und wesentlich bedingt durch die fortschreitende EU-Integration – haben sich im Jahre 2001 erheblich akzentuiert.

Ursächlich hierfür waren **drei gewichtige Vorgänge**, die sich vergangenen Frühjahr kurz hintereinander im eigenen Land ereigneten. Zunächst erschoss ein Mann im Parlament des Kantons Zug 14 Personen und verwundete 15 teilweise schwer. Damit wurde das ausgeprägte Gefühl der inneren Sicherheit sowie der Glaube an die Unverletzlichkeit eines gerade in der Schweiz höchstrangigen Symbols der Demokratie schwer angeschlagen. Dann musste die *Swissair*, ein traditionsbehaftetes nationales Symbol für Weltoffenheit, hohe Qualität, Verlässlichkeit, Seriosität, Dienstleistungsbereitschaft und Präsenz des Schweizer Kreuzes im In- und Ausland Konkurs anmelden. Ursachen waren gra-

vierende Fehler nicht nur der Unternehmensleitung, sondern auch ihres politischen und kreditwirtschaftlichen Umfelds, wobei das hartnäckige Beharren auf der Sonderrolle auch in luftverkehrlicher Hinsicht mitspielte. Der dadurch entstandene Imageverlust der Schweiz im Ausland ist ebenso ausgeprägt wie der Ansehensverlust von Marktwirtschaft, Unternehmenswelt und involvierten Großbanken im Inland. Gleichzeitig verbuchten Politiker nach nicht-marktkonformen Eingriffen in diese Affäre bemerkenswerte Popularitätsgewinne. Und schließlich legten chaotische Zustände nach einem Unfall im Gotthard-Strasentunnel erhebliche organisatorische Defizite bei den Rettungsdiensten bloß.

Inwieweit die solcherart zusätzlich gestörte Befindlichkeit der Bevölkerung in den Resultaten von **Volksabstimmungen** ihren Niederschlag findet, ist schwer zu beurteilen. Bereits im Frühjahr 2001 war ein Referendum zur sofortigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden. Mit einem annähernd gleichen Ergebnis endete unlängst eine Volksabstimmung über die Abschaffung der Armee, eine der wichtigsten identitätsstiftenden Institutionen der Eidgenossenschaft. Aus heutiger Sicht ist der im Frühjahr 2002 anstehende Entscheid über den Beitritt der Schweiz zu den Vereinten Nationen völlig offen. Von hoher wirtschaftspolitischer Relevanz werden die ebenfalls 2002 durchzuführenden Abstimmungen über die künftigen Eigentumsverhältnisse bei der Post sowie über die Öffnung des Strommarktes sein; bisher wurden bei kantonalen Abstimmungen Ansinnen, in öffentlichem Besitz befindliche Elektrizitätsgesellschaften zu privatisieren, stets sehr deutlich verworfen. Interessant ist ferner die jüngst erfolgte Ablehnung der Neuauflage einer Energiesteuer und einer Kapitalgewinnsteuer

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

sowie die außerordentlich hohe Zustimmung zur Verschärfung des Artikels 126 der Bundesverfassung, dem gemäß der Bund seine Ausgaben und Einnahmen über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht zu halten hat.

Wirtschaftspolitisch impliziert letzteres auf Bundesebene (auf die allerdings nur etwa ein Drittel der Ausgaben der Gebietskörperschaften entfällt) dauerhaft erhöhte finanzpolitische Disziplin. Ordnungspolitisch wird der Spielraum für Privatisierungen und Deregulierungen eher enger – eine Tendenz, die neuerdings auch in anderen westeuropäischen Ländern deutlich erkennbar ist; die tradierte korporatistische Grundströmung bleibt intakt. Integrationspolitisch bleibt es bei der Langfriststrategie des Bundesrates (Bundesregierung) in punkto EU-Beitritt.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2001

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellen sich etwa wie folgt dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 1%. In **Japan** gingen Nachfrage und Produktion um etwa 1/2% zurück. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um gut 2 1/4%. In **Westeuropa** nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 1 1/2% zu; in der EU und im Euro-Raum stieg es in etwa gleichem Maße und in Deutschland um ca. 1/2%. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt knapp 25 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr sind das 12% weniger. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2000 auf Dollar-Basis um ungefähr 10%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres bei 0,90 US-Dollar; im Jahre 2000 waren es 0,92 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** hat gegenüber 2000 fast stagniert.

In der **Schweiz** schwächte sich das Wirtschaftswachstum – nach der bereits im Jahre 2000 begonnenen und infolge von Überhitzungsgefahren auch gebotenen konjunkturellen Verlangsamung – im Laufe des Jahres, ähnlich der Entwicklung in den anderen westeuropäischen Ländern, zunächst rasch ab: Klimaindikatoren und andere Kennziffern weisen auf einen leichten Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität ab Herbst hin. Die zur Jahreswende 2001/2002 zu erwartende Besserung wurde durch die im Gefolge der Anschläge vom 11. September in den USA weiter verschlechterte weltwirtschaftliche Lage verhindert. Zuvor schon war die konjunkturelle Verlangsamung ganz überwiegend durch die drastische Verlangsamung des Exportanstiegs bedingt. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um 1 1/2% gestiegen sein (für das Jahr 2000 war die Veränderungsrate von 3,4% auf vorläufig 3% revidiert worden), also weniger als das Produktionspotential. Diese Schätzung steht indes noch auf wackeligen Beinen, weil noch keine amtlichen Angaben über das vierte Quartal vorliegen und

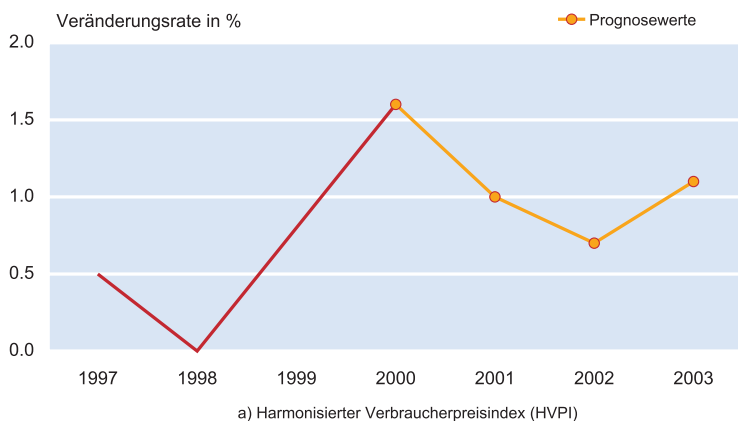
der im nächsten Frühjahr veröffentlichte Wert regelmäßig im Sommer – wie auch 2001 geschehen – deutlich korrigiert wird und selbst dann noch nicht endgültig ist. Die Wirtschaftspolitik hat leicht stimuliert. Die infolge der Wirkungsverzögerung erst gegen Ende des Jahres expansiv wirkende Geldpolitik und die stimulierende Finanzpolitik wurden durch die spürbare Aufwertung des Franken gegenüber US-Dollar und Euro etwa ausgeglichen. Die Arbeitslosenquote blieb sehr niedrig. Der Preisauftrieb war schwach. Die Leistungsbilanz wies neuerlich einen sehr hohen Überschuss aus.

Ihren stärksten Dämpfer erhielt die Konjunktur von der **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen. Sie dürfte gegenüber 2000 kaum noch zugenommen haben, da sie ab der Jahresmitte infolge der weltwirtschaftlichen Schwäche zurückgegangen ist. Die Aufwertung des Franken, die tourismusschädigenden Wirkungen des 11. September sowie das Swissair-Debakel spielten ebenfalls eine Rolle. Der **Import** erhöhte sich um annähernd 1%. Bei wenig veränderten Terms of Trade ist der Überschuss der **Leistungsbilanz** zwar etwas gesunken; mit einer Größenordnung von 12 1/2% des BIP war er gleichwohl nach dem norwegischen der zweithöchste aller Industrieländer.

Die ausgeprägte Exportabschwächung, weiter sinkende Kapazitätsauslastung sowie wesentlich verschlechterte Absatz- und Ertragsaussichten haben trotz gesunkener Zinsen im späteren Verlauf des Jahres vermutlich zu einem Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen geführt. Die Bauinvestitionen wurden hingegen ziemlich stetig ausgeweitet, wesentlich gestützt durch die großen Infrastrukturprojekte (NEAT, Bahn 2000, Ausbau des Flughafens Zürich) und den gewerblichen Bau; der Wohnungsbau verringerte sich bei regional sehr unterschiedlicher Entwicklung nochmals, wenn auch nur wenig. Insgesamt dürften die **Bruttoanlageinvestitionen** um 1 1/4% zugenommen haben.

Der **öffentliche Verbrauch** wurde vermutlich nur um 1/2% ausgeweitet, da der öffentliche Sektor seine Konsolidierungsanstrengungen über die Ausgabenseite fortsetzte. Demgegenüber expandierte der **private Konsum** mit rund 2% deutlich lebhafter, bei ziemlich stetiger Entwicklung im Verlauf. Stimulierend wirkten die bei weiter erhöhter Beschäftigung und merklich erhöhten Reallöhnen um knapp 2 1/2% gestiegenen realen verfügbaren Einkommen.

Die Beschäftigung ist weiter – im Jahresdurchschnitt um ca. 1% –, wenn auch verlangsamt, ausgeweitet worden. Die **Arbeitslosenquote** verringerte sich im Schnitt auf 1,8%; eine derart niedrige Rate war zuletzt Ende der achtziger Jahre verzeichnet worden. Die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt blieben beträchtlich, obwohl vor allem die Kurzarbeit infolge von Konjunkturfalte und Swissair-Debakel spürbar gestiegen ist.

Konsumentenpreise^{a)}

a) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Die **Konsumentenpreise** erhöhten sich im Schnitt des Jahres um 1%. Im ersten Halbjahr hatte sich der Preisauftrieb beschleunigt, bedingt durch die starke Verteuerung von Erdöl, die Aufwertung des US-Dollar, witterungsbedingte Verteuerungen von Saisonprodukten und die Folgen von BSE und MKS. Anschließend sanken sie etwas und blieben dann tendenziell stabil als Folge sinkender Ölpreise, der Aufwertung des Franken und der abflauenden Konjunktur.

Wirtschaftspolitik

Insgesamt gehen von der Wirtschaftspolitik im Jahre 2002 leichte Impulse auf die Konjunktur aus. 2003 dürfte sie konjunkturneutral sein.

Die **Geldpolitik** orientiert sich weiter darauf, den Anstieg der Konsumentenpreise längerfristig unter 2% p.a. zu halten – eine Vorgabe, die mit jener der Europäischen Zentralbank (EZB) deckungsgleich ist. Steuerungsinstrument ist ein Zielband von einem Prozentpunkt für den Dreimonatslibor, wobei in der Regel der Mittelwert angestrebt wird. Dieses Band war – erstmals wieder – im März 2001 um 25 Basispunkte auf 2,75 bis 3,75% gesenkt worden, mit Blick auf abnehmende Inflationsgefahr und abflauende Konjunktur. Im Gefolge der Anschläge vom 11. September hatte die Schweizerische Nationalbank, wie die Notenbanken in Nordamerika und Westeuropa auch, ihre Zinsen rasch und kräftig herabgesetzt. Das Zielband wurde in zwei Schritten zu je einem halben Prozentpunkt auf 1,75 bis 2,75% zurückgenommen und Anfang Dezember weiter auf 1,25 bis 1,75% herabgesetzt. Bei wiedererlangter Preisstabilität gelte es nun die Nachfrage zu stützen und der nach den Terroranschlägen kräftige Aufwertung des Franken entgegenzuwirken; zuvor waren die Schwankungen des Frankenkurses gegenüber dem Euro sehr gering gewesen. Damit dürfte der Tiefpunkt des Zinszyklus erreicht sein (wenn nicht bereits über-

steuert wurde), auch weil der Aufwertungsdruck mit zunehmender Normalisierung des politischen und wirtschaftlichen Geschehens in der Welt nachlässt und die Wirtschaft etwa ab Frühjahr 2002 allmählich wieder in Schwung kommen dürfte. Eine nennenswerte Straffung der monetären Zügel ist kaum vor der Jahreswende 2002/2003 zu erwarten. Sie würde erst im späteren Verlauf von 2003 wirken.

Die **Währungspolitik** steht mit der Einführung der Euronoten und -münzen im Euro-Raum und damit in allen die Schweiz umgebenden Ländern vor einer großen Herausforderung. Zwar wird der Euro auch auf lange Sicht nicht zu einer echten Parallelwährung, in der etwa auch Inländer ihre Löh-

ne ausbezahlt bekommen. Aber in den Grenzregionen und in Tourismusgebieten (der Ausländerfremdenverkehr ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige und der drittgrößte Exportsektor) wird man in absehbarer Zeit mit Euro zahlen und in gleicher Währung Wechselgeld erhalten können. Die beiden marktbeherrschenden Einzelhandelsketten haben bereits die Akzeptanz von Euro angekündigt, ein erheblicher Teil der Klein- und Mittelunternehmen bereitet sich Umfragen zufolge auf die Annahme von Euro-Bargeld und die Erstellung von Offerten und Preisauszeichnungen in Euro vor. Unternehmen mit Exporterlösen in Euro könnten diese auch dazu verwenden, Schweizer Lieferanten in Euro zu bezahlen, und Grenzgänger werden wohl zunehmend in Euro entlohnt. Dadurch könnte sich die Geldpolitik zunehmend gezwungen sehen, den Frankenkurs gegenüber dem Euro möglichst stabil zu halten.

Die **Finanzpolitik** hält an der schwerpunktmäßig auf sparsame Haushaltsführung abstellenden konsolidierungsorientierten Linie fest. Bereits im Jahre 2000 waren Bund, Kantone und Gemeinden, aber auch die Sozialversicherung bei der Haushaltskonsolidierung wesentlich weiter vorangekommen als ursprünglich erwartet. Die Gebietskörperschaften wiesen einen Überschuss von 8,2 Mrd. SFR aus (nach einem Defizit von 1,7 Mrd. SFR im Jahr davor) während die Sozialversicherung ihren Aktivsaldo von 1,9 auf 4,8 Mrd. SFR erhöhte. Insgesamt errechnet sich ein positiver Finanzierungssaldo von 2,6% des BIP nach einem Minus von 0,3% 1999, der, mitbedingt durch die überraschend gute Konjunktur, vorwiegend einnahmeseitig zu erklären ist. Während die Finanzpolitik 2000 gebremst hat, war sie 2001 expansiv, auch weil es beim Bund infolge des Swissair-Debakels zu zusätzlichen Ausgaben von rund 2 Mrd. SFR kam. Kompensierend wirkten verschiedene einnahmewirksame Sonderfaktoren. 2002 ist mit einer Pause beim Konsolidierungsprozess zu rechnen, vor allem verursacht durch konjunkturbedingte Steuermindereinnahmen und Mehrausgaben. Auch treten Steuererleichterungen hauptsächlich für

Familien, aber auch für Wohneigentümer und Unternehmen in Kraft; auch die Stempelabgabe wird herabgesetzt. 2003 bessert sich die Situation der öffentlichen Haushalte im Zuge des dynamischeren Wirtschaftswachstums wieder.

Ordnungspolitisch ist die zuletzt verstärkt zutage getretene Option der Bevölkerung für den weitgehenden Erhalt des Service public bemerkenswert. Derartige Tendenzen waren auch in anderen westeuropäischen Ländern – etwa in den Niederlanden – zu beobachten, besonders in Frankreich blieben sie ungebrochen ausgeprägt. 2002 anstehende wichtige Entscheidungen werden Aufschluss über die weitere Entwicklung geben. So wird eine Initiative »Post für alle« sicherlich zustande kommen, die am Ende den Umbau der Post stoppen oder gar rückgängig machen könnte. Ferner erfolgt ein Urnengang zur Öffnung des Strommarktes in der Schweiz. Menetekel hierzu ist die im Juni 2001 deutlich abgelehnte Umwandlung der kantonal-zürcher Elektrizitätswerke in eine Aktiengesellschaft. Auch das jüngst ergangene Urteil des Bundesgerichts zugunsten der Swisscom und gegen Comcare kommt den Skeptikern der Liberalisierung entgegen. Andererseits wird das Kartellgesetz nochmals revidiert, und die Kartellkommission packt schärfer und fundierter bei Wettbewerbsverstößen zu.

Integrationspolitisch bedeutsam ist die erwartete Ablehnung sofortiger Beitrittsverhandlungen mit der EU durch das Referendum vom März 2001. Die Wirtschaft zeigte sich darauf zufrieden. Sie sieht ihre Anliegen mit dem im April oder Mai 2003, also ziemlich genau zwei Jahre nach dem positiv ausgefallenen diesbezüglichen Schweizer Referendum rechtswirksam werdenden, Sieben-Punkte-Programm zwischen der Schweiz und der EU erfüllt. Auch die Bundesregierung empfahl ein »Nein«, weil sie die Zeit hierfür noch nicht gekommen sah. Langfristig bleibt jedoch ein Beitritt der Schweiz zur EU ihr integrationspolitisches Ziel; das Beitritts-gesuch wurde 1992 eingereicht. Gemäß dem im Außen-

politischen Bericht 2000 skizzierten Fahrplan will die Bundesregierung spätestens in der Legislaturperiode 2003/2007 über die Aufnahme von Verhandlungen entscheiden. Gleichwohl wird mit der EU eine neue Runde bilateraler Verhandlungen gestartet. Eine erste Gruppe umfasst vier Dossiers: Betrugsbekämpfung, verarbeitete landwirtschaftliche Produkte, Umwelt (Teilnahme der Schweiz an der Europäischen Umweltagentur und am Europäischen Umweltzeichen), Statistik (Harmonisierung der Statistiken in der EU und der Schweiz). Eine weitere Sechser-Gruppe folgt. Es handelt sich um wichtige Ergänzungen des 1999 unterzeichneten Sieben-Punkte-Programms betreffend Landverkehr, Luftverkehr, Technische Handelshemmnisse, Öffentliches Beschaffungswesen, Forschung, Personenverkehr und Landwirtschaft. Für die Beitrittsfrage entscheidend ist jedoch erst das Jahr 2008. Dann kann die Schweiz über die Beibehaltung des freien Personenverkehrs zwischen ihr und der EU abstimmen. Zwischenzeitlich werden vor allem Erfahrungen mit der Umsetzung des Sieben-Punkte-Programms gesammelt und das weitere faktische Zusammenrücken von Schweiz und EU beobachtet, das sich auch im autonomen Nachvollzug vieler EU-Verordnungen etc. durch die Schweizer Administration zeigt.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2002

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden unterstellt: In den **Vereinigten Staaten** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 1 1/4%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung geht in **Japan** um ca. 1% zurück. In **Mitteleuropa** nehmen Nachfrage und Produktion um etwa 2 1/4% zu. In **Westeuropa** wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1 1/2% ausgeweitet; für die EU und den Euro-Raum sind ähnliche Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland 1/2% beträgt. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 20 US-Dol-

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	1999 ^{a)}	2000 ^{a)}	2001 ^{b)}	2002 ^{b)}			2003 ^{b)}	
				KOF ^{c)}	BAK ^{d)}	OECD ^{e)}	KOF ^{c)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	1,6	3,0	1,9	1,7	1,3	1,1	2,0	2,1
Inlandsnachfrage	1,5	2,7	1,8	1,9	1,7	1,1	1,9	2,3
Privater Verbrauch	2,2	2,0	1,8	1,9	1,9	1,3	1,8	2,1
Staatsverbrauch	0,5	-0,4	0,6	1,0	1,2	0,4	1,1	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,5	5,8	1,4	2,2	2,4	0,9	2,2	3,8
Exporte ^{f)}	4,4	5,3	2,0	2,0	2,9	1,0	4,6	5,2
Importe ^{f)}	11,4	10,6	1,6	2,5	3,6	1,1	4,2	5,6
Industrieproduktion	3,1	2,0	1,2	1,5	n.a.	n.a.	2,1	n.a.
Konsumentenpreise	0,8	1,6	1,2	1,1	1,3	0,5	1,2	0,5
Arbeitslosenquote	2,7	2,0	1,8	1,8	2,1	2,2	1,7	2,1
Leistungsbilanz (Saldo) ^{g)}	11,9	13,6	13,6	13,9	12,5	12,0	14,8	11,8

^{a)} Vorläufige amtliche Werte. – ^{b)} Schätzungen. – ^{c)} Konjunkturforschungsstelle an der ETH, Zürich, vom Oktober 2001. – ^{d)} Konjunkturforschung Basel, Basel, vom Dezember 2001. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2001. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

lar pro Barrel. Die Preise für **Industrierohstoffe** (ohne Öl) sinken um ungefähr 6 $\frac{1}{2}$ %. Der **Wechselkurs des Euro** bewegt sich im Jahresdurchschnitt innerhalb einer Bandbreite von 0,90 bis 1 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** expandiert in einer Größenordnung von 2 $\frac{1}{2}$ %.

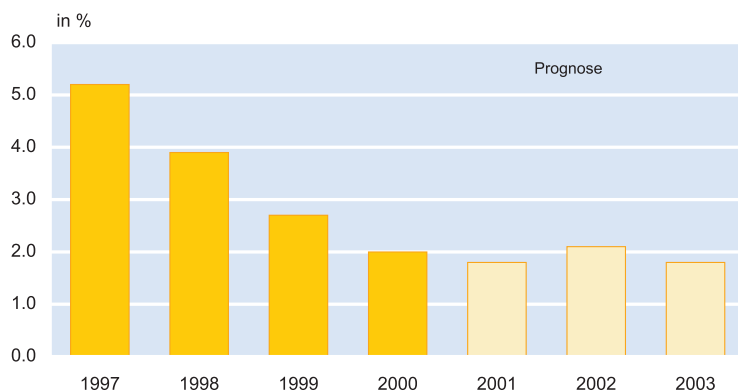
In der **Schweiz** wird die Konjunktur nach annähernder Stagnation zunehmend an Schwung gewinnen. Dabei bleibt die Inlandsnachfrage zunächst die wichtigste Stütze, stimuliert durch die Wirtschaftspolitik, mit deren Hilfe auch eine annähernde »Normalisierung« des Franken/Euro-Kurses erreicht wird. In dem Maße, in dem sich die Weltwirtschaft belebt, kommen wieder kräftige Impulse vom Export. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte, etwa dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechend, um etwa 1 $\frac{1}{4}$ % expandieren, auch weil die Wirtschaftsentwicklung beim Hauptwirtschaftspartner Deutschland zunächst flau bleibt. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt in vielen Bereichen von Knappheitserscheinungen gekennzeichnet. Die Preise steigen nach wie vor sehr verhalten. Das Aktivum der Leistungsbilanz wird wieder sehr hoch sein.

Der **private Konsum** (ca. + 1 $\frac{3}{4}$ %) bleibt eine robuste Stütze der Nachfrage. Die Nominallöhne dürften im Schnitt um etwa 2 $\frac{1}{2}$ % erhöht werden, so dass die Reallöhne um fast 1 $\frac{1}{2}$ % steigen. Die Beschäftigung (Vollzeitäquivalente) wird vermutlich um fast $\frac{1}{2}$ % ausgeweitet. Hinzu addieren sich Steuererleichterungen, die schwerpunktmäßig Familien (sie haben meist eine hohe marginale Konsumquote) zugute kommen. Der **Staatsverbrauch** nimmt um ca. 1% und damit etwas stärker als in den Vorjahren zu, da konjunkturell bedingte Mehrausgaben (automatische Stabilisatoren) anfallen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (+ ca. 1%) nehmen zunächst noch schleppend zu, gewinnen aber im weiteren Verlauf des Jahres an Dynamik. Das gilt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen. Denn die Auslastung der Kapazitäten verringerte

sich im Laufe des vergangenen Jahres und lag zuletzt um reichlich 2 Prozentpunkte unter dem langfristigen Durchschnitt. Erst ab der Jahresmitte dürften Kapazitätsauslastung sowie die Absatz- und Ertragserwartungen wieder zu einem besseren Investitionsklima führen; in die Rationalisierung der Produktion wird allerdings nach wie vor lebhaft investiert. Die Baukonjunktur bleibt hingegen mäßig, aber ziemlich stetig aufwärts gerichtet. Stützend wirken – wie auch in anderen westeuropäischen Ländern, wie etwa Belgien – die großen staatlichen Infrastrukturprojekte, insbesondere NEAT, Bahn 2000 und der Ausbau des Flughafens Zürich. Der Wohnungsbau wird durch die etwas niedrigeren Zinsen, die erhöhte Kaufkraft der Löhne, sinkenden Leerbestand sowie die expandierende Nachfrage nach großen, qualitativ hochwertigen und ruhig gelegenen Wohnungen und Häusern angeregt. Außerdem nimmt die Gruppe der 35- bis 54-jährigen deutlich zu, bei denen der Wunsch nach Wohneigentum besonders ausgeprägt ist. Und schließlich wurde in den neunziger Jahren vielfach an Erhaltungsinvestitionen gespart, so dass jetzt zunehmend Altbauten ersetzt werden. In Bürobauten wird nach wie vor sehr lebhaft investiert. Allerdings entwickelt sich die Baukonjunktur weiterhin regional sehr unterschiedlich.

Der **Export** von Gütern und Diensten (etwa + 1 $\frac{3}{4}$ %) findet im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung aus dem Tief heraus, wobei die anteilmäßig gewichtigste Nachfrage aus Westeuropa zeitversetzt gegenüber jener aus Nordamerika anspringt. Zeitversetzt gegenüber anderen Bereichen dürfte auch der Maschinen- und Anlagenbau, die wichtigste Kategorie der Handelsbilanz, an Dynamik gewinnen. Bis weit ins laufende Jahr hinein wird der Ausländerfremdenverkehr gerade bei der in der Schweiz normalerweise überdurchschnittlich vertretenen überseeischen Klientel unter den Folgen des 11. September leiden. Der **Import** expandiert spürbar rascher als die Ausfuhr, so dass die **Leistungsbilanz** trotz weiter verbesserter Terms of Trade ein gegenüber den beiden Vorjahren verringertes, mit knapp 13% des BIP im internationalen Vergleich aber immer noch sehr hohes Aktivum ausweist.

Arbeitslosenquote

Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

Auf dem **Arbeitsmarkt** entspannt sich die Lage bei leicht zunehmender Beschäftigung nur wenig. Die Entlassungen bei Großunternehmen flauen ab; mittlere und kleine Unternehmen stocken ihre Belegschaften eher auf. Fachkräfte bleiben gesucht. Die mit rund 2% nach wie vor sehr niedrige Arbeitslosenquote täuscht jedoch darüber hinweg, dass viele Teilzeitbeschäftigte gerne Vollzeit arbeiten würden. Fast alle im Zuge des Swissair-Debakels Freigesetzten werden schon bald neue Stellen gefunden haben.

Die **Konsumentenpreise** dürften um knapp 1% über dem Niveau von 2001 liegen. Nied-

rige Importpreise für Erdöl, Erdgas und Industrierohstoffe sowie die allmähliche Aufwertung des Franken gegenüber dem US-Dollar wirken ebenso stabilisierend wie die zunächst schwache Konjunktorentwicklung. Auch bleibt der Wettbewerb lebhaft. Allerdings steigen die Lohnstückkosten nur wenig schwächer als im Vorjahr.

Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2003

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **USA** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 3¹/₄%. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um etwa 1¹/₂% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3¹/₄%. In **Westeuropa**, in der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 2³/₄%; in Deutschland beträgt die Zunahme annähernd 2¹/₄%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern bei 22 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 7% mehr als 2002. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 0,95 und 1,05 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte um rund 7¹/₂% ausgeweitet werden.

In der **Schweiz** dürfte sich das Wirtschaftswachstum anfangs noch etwas beschleunigen und dann in eine ziemlich stetige Expansion übergehen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** erhöht sich vermutlich um knapp 2%. Stimulierend wirken die Geldpolitik und der kräftig anziehende Welthandel. Andererseits bremst die wieder zunehmende Knappheit an Arbeitskräften sowie die Aufwertung des Franken gegenüber dem US-Dollar. Der Arbeitsmarkt ist weitgehend ausgeschöpft. Die Preise steigen sehr moderat. Die Leistungsbilanz weist wieder einen sehr hohen Überschuss aus.

Der **Export** von Gütern und Dienstleistungen (knapp + 5%) wird wieder zum wichtigsten Träger des Aufschwungs, zumal dieser in allen großen Weltregionen simultan verläuft. Da zudem die Investitionskonjunktur international an Fahrt gewinnt, erhält die Ausfuhr von Maschinen und Anlagen – die Schweiz hält mit 3,6% (1999) relativ zu ihrer Wirtschaftskraft einen sehr hohen Anteil am Welthandel mit Maschinen – kräftige Impulse. Außerdem normalisiert sich der Ausländerfremdenverkehr zunehmend. Bei annähernd im Rhythmus des Exports steigendem **Import** und kaum noch verbesserten Terms of Trade dürfte das Aktivum der **Leistungsbilanz** wieder die Größenordnung von 2002 erreichen.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** gewinnen mit wachsender Kapazitätsauslastung, verbesserten Absatz- und Ertragsserwartungen und immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen deutlicher an Tempo. Das gilt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen, da aufgrund hoher Arbeitskosten (sie sind zusammen mit Westdeutschland, Norwegen, Ja-

pan und Dänemark die höchsten der Welt) erheblich in die Rationalisierung investiert werden muss. Die Baukonjunktur weist weniger ausgeprägt, aber stetig aufwärts. Während der öffentliche Bau und die großen Infrastrukturprojekte eher stagnierende Volumina aufweisen dürften, ist beim Wohnungsneu- und umbau mit einer deutlichen Erholung zu rechnen, auch weil die Baugenehmigungen 2002 infolge gesunkener Hypothekenzinsen und sich bessernder Wirtschaftslage spürbar anziehen.

Der **private Konsum** dürfte um reichlich 2% zunehmen, getragen von stetig zunehmender Beschäftigung und Real-löhnen. Auch ist 2003, wie alle ungeraden Jahre, ein aufkommensschwaches Jahr bei der Einkommensteuer. Zudem wird sich wohl die Sparquote nach der vorjährigen Stagnation etwas erhöhen. Langlebige Güter dürften überdurchschnittlich nachgefragt werden, aber der in den konsumschwachen neunziger Jahren entstandene Nachholbedarf ist nun vermutlich gedeckt. Der **Staatsverbrauch** wird bei fortgesetzt auf Sparsamkeit abstellender Finanzpolitik nur schwach ausgeweitet.

Auf dem **Arbeitsmarkt** nehmen die Spannungen allmählich weiter zu, zumal die Beschäftigung neuerlich nur um rund 1¹/₂% zunehmen dürfte. Der Bedarf an qualifizierten und unqualifizierten Kräften kann vielfach nicht gedeckt werden. Regional ist die Lage aber nach wie vor in der Deutschschweiz spürbar günstiger als in der Romandie und im Tessin. Die Arbeitslosenquote sinkt auf 1³/₄%.

Die Preisentwicklung wird im Zuge der fortschreitenden konjunkturellen Erholung und nicht mehr stabilisierend wirkenden Importpreisen etwas stärker als 2002, aber immer noch recht moderat aufwärts gerichtet sein. Im Jahresdurchschnitt dürften die **Konsumentenpreise** um reichlich 1% steigen.

Abgeschlossen am 14. Dezember 2001